



Beschäftigung im Wandel | Juni 2022

Die ungleichen Auswirkungen auf Beschäftigte im ersten Pandemiejahr

Die Corona-Pandemie hat eine der schwersten Wirtschaftskrisen zu Friedenszeiten ausgelöst. Eine Analyse für das erste Krisenjahr zeigt, dass die umfassende Ausweitung der Kurzarbeit größere Beschäftigungsverluste verhindern konnte. Niedrigeinkommensbezieher:innen, Beschäftigte in Minijobs und Selbstständige waren jedoch stärker als andere Gruppen von den Auswirkungen der Krise betroffen, sowie Frauen eher als Männer. Die Nettoeinkommen blieben im Schnitt stabil, speziell für Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Die strengen Maßnahmen, die im Frühjahr 2020 ergriffen wurden, um die Pandemie einzudämmen, brachten die Wirtschaft in vielen Sektoren zum Erliegen. Sie zwangen Unternehmen, ihren Betrieb einzuschränken oder komplett einzustellen, und führten dazu, dass Millionen Arbeitnehmende vorübergehend ihren Arbeitsumfang deutlich reduzieren mussten. All dies spiegelte sich in einem beispiellosen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wider: In Deutschland schrumpfte das BIP im Jahr 2020 um 4,9 % im Vergleich mit dem Vorjahr; OECD-weit ging es 2020

um 4,7 % zurück. Auf den plötzlichen und tiefgreifenden ersten Schock folgte allerdings eine schnelle wirtschaftliche Erholung: Das deutsche BIP stieg 2021 um 2,9 %, das OECD-weite sogar um 5,3 % (OECD, 2021b).

Der deutsche Arbeitsmarkt hat die tiefe Krise bemerkenswert gut gemeistert. Die Arbeitslosenquote stieg nur moderat von 3,2 % im letzten Vorkrisenquartal (Q4) 2019 auf 4,1 % im Jahr 2020 (Q3). Die Erwerbstätigenquote sank von 75,7 % auf 71,1 %. Inzwischen

Autor:innen

Carsten Braband
HU Berlin, vormals DIW
Berlin, SOEP

Valentina Consiglio
Bertelsmann Stiftung

Natascha Hainbach
Bertelsmann Stiftung

Markus M. Grabka
DIW Berlin, DIW Econ,
SOEP

Sebastian Königs
OECD

haben beide Indikatoren ihr Vorkrisenniveau zurückgewonnen (OECD, 2022a).

Diese robuste Reaktion des Arbeitsmarkts erklärt sich nicht zuletzt durch das schnelle und entschlossene Handeln der Bundesregierung zur Unterstützung von Unternehmen, Arbeitnehmenden und Haushalten. Zu nennen sind hier insbesondere die Verlängerung der Regelung zur Kurzarbeit sowie Steuererleichterungen insbesondere für Unternehmen und (Solo-)Selbstständige (BMF, 2022). Allerdings hatten nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen Zugang zu diesen Unterstützungen, und die Verteilungsfolgen der Krise sind noch nicht abschließend geklärt.

Diese Kurzexpertise liefert neue Erkenntnisse über die ungleichen Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt aus der Sicht verschiedener Gruppen von Beschäftigten in Deutschland sowie über die Entwicklung der gruppenspezifischen Einkommen und wirtschaftlichen Sorgen. Die Analyse stützt sich auf Daten aus der Sondererhebung SOEP-CoV des Sozio-oekonomischen Panels (siehe Kasten 1) und untersucht eine repräsentative Stichprobe von Personen, die vor dem Ausbruch der Krise im Jahr 2019 erwerbstätig waren. Die Daten umfassen Angaben zu den Lebensumständen der Erwerbstätigen innerhalb von zwei verschiedenen Phasen während des ersten Krisenjahrs. Bei der ersten Phase handelt es sich um den Höhepunkt der ersten Pandemiewelle von April bis Juni 2020, bei der zweiten um den Zeitraum während der zweiten Welle im Januar/Februar 2021.

Obwohl viele Beschäftigte in der ersten Phase der Coronakrise von Kurzarbeit profitierten, erlitten vor allem jene mit niedrigen Einkommen Beschäftigungsverluste

Die Regelung zur Kurzarbeit war eine der wichtigsten Säulen des deutschen Pakets zum Schutz von Arbeitnehmenden und Unternehmen vor den Auswirkungen der Coronakrise. Sie ermöglichte den von der Krise stark betroffenen Unternehmen, die die Arbeitszeit ihrer Beschäftigten reduzieren mussten, den Zugang zu öffentlichen Ausgleichszahlungen für nicht geleistete Arbeitsstunden. Als Reaktion auf die Krise weitete die Bundesregierung das Kurzarbeitergeld deutlich aus, indem sie unter anderem den Zugang zu Kurzarbeit für Unternehmen vereinfachte und die Kosten senkte, die Höhe und maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes für Beschäftigte an hob und Kurzarbeit auch für Leiharbeiter:innen ermöglichte.

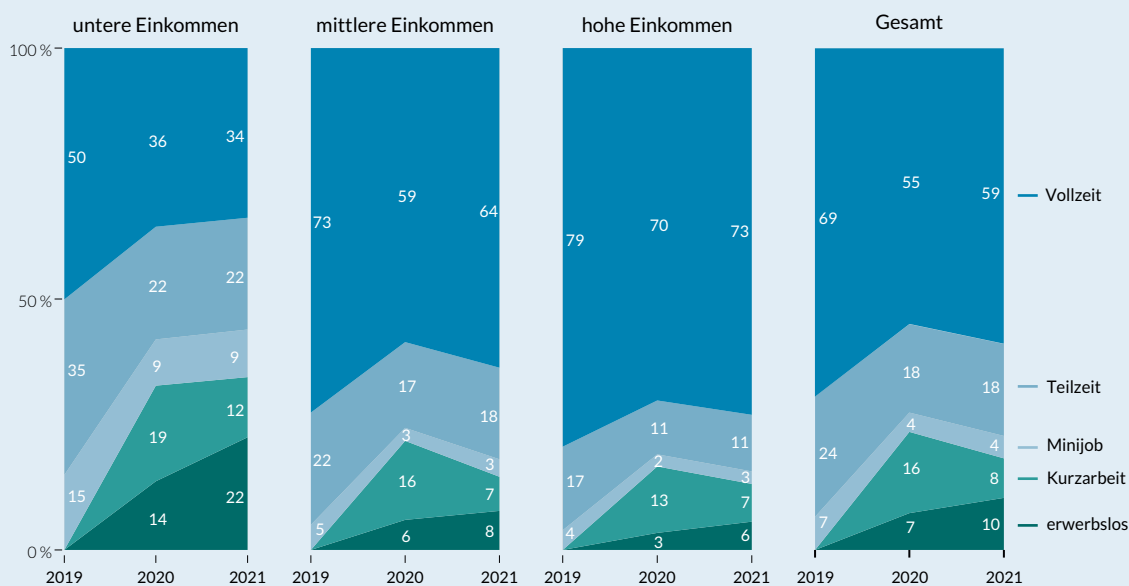
Auf dem Höhepunkt der ersten Coronawelle, im April 2020, waren 15,5 % der abhängig Beschäftigten in Deutschland von Kurzarbeit betroffen; das entspricht einer absoluten Zahl von etwa sechs Millionen Menschen. In anderen Ländern waren ähnliche Systeme der Kurzarbeit ein wesentlicher Bestandteil der politischen Reaktion auf die Krise: 37 der insgesamt 38 OECD-Länder führten während der Coronakrise solche Instrumente ein oder erweiterten sie.¹ In diesen Ländern nahmen auf dem Höhepunkt der ersten Pandemiewelle 20 % aller abhängig Beschäftigten entsprechende Regelungen in Anspruch (OECD, 2022b).

Kurzarbeit schützte die Arbeitsplätze, stabilisierte die Einkommen von Beschäftigten in Deutschland und spielte eine wichtige Rolle zur Abschwächung der sich ausweitenden Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt während der Krise. Während der ersten Coronawelle von April bis Juni 2020 befanden sich laut SOEP-CoV-Daten 16 % der Personen, die vor der Krise beschäftigt waren, in Kurzarbeit (siehe Abbildung 1). Die Wahrscheinlichkeit von Kurzarbeit verhielt sich dabei umgekehrt zu den Einkommen der Beschäftigten: Für Beschäftigte in Haushalten mit niedrigen Einkommen war sie höher (19 %) als für Beschäftigte in Haushalten mit mittleren und hohen Einkommen (16 % beziehungsweise 13 %).

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ging in der zweiten Phase der Pandemie in allen Einkommensgruppen erheblich zurück, jedoch ging dies bei Beschäftigten mit niedrigen Einkommen nicht mit einem Anstieg der regulären Beschäftigung einher. Bis Januar/Februar 2021 hatte sich der Anteil der vor der Krise Beschäftigten, die Kurzarbeit in Anspruch nahmen, im Vergleich mit dem Zeitraum April bis Juni 2020 auf etwa 8 % halbiert. Beschäftigte, die vor der Krise in Haushalten der Mittelschicht gelebt hatten, verzeichneten den stärksten Rückgang (von 16 % auf 7 %), gefolgt von Beschäftigten aus Haushalten mit hohen Einkommen (von 13 % auf 7 %). Begleitet wurde dieser Rückgang der Kurzarbeit von einem Anstieg der Vollzeitbeschäftigung. Dies deutet darauf hin, dass viele Beschäftigte mit mittleren und hohen Einkommen zu ihrer normalen Arbeitszeit zurückkehrten, als die Wirtschaft wieder an Fahrt aufnahm. Bei Beschäftigten, die vor der Krise der unteren Einkommensgruppe angehört hatten, ging die Inanspruchnahme von Kurzarbeit etwas weniger stark zurück (von 19 % auf 12 %). Zudem nahm gleichzeitig auch die Vollzeitbeschäftigung weiter ab.

1 Während der Coronakrise gab es in Mexiko keine Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

ABBILDUNG 1 | Beschäftigungsentwicklung nach Beschäftigungsumfang und Einkommensschicht



Anmerkung: 2020 bezieht sich auf den Beobachtungszeitraum April bis Juni 2020, 2021 bezieht sich auf den Beobachtungszeitraum Januar/Februar 2021. Ergebnisse für die 18- bis 64-Jährigen, die im Jahr 2019 in Vollzeit-, Teilzeit- oder Minijobs arbeiteten. Die Einkommensgruppen sind auf der Grundlage des äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommens für das Jahr 2018 definiert. Für nähere Angaben dazu siehe Kasten 1.
Quelle: SOEP v36 und SOEP-CoV.

BertelsmannStiftung

Somit führte die Coronakrise bei Beschäftigten aus der unteren Einkommensschicht trotz des weit verbreiteten Einsatzes von Kurzarbeit zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten. In dieser Gruppe war der Anteil derjenigen, die 2019 in Arbeit und Anfang 2021 erwerbslos waren, drei- bis viermal so hoch wie bei den Beschäftigten mit mittleren und hohen Einkommen (22 % gegenüber 8 % beziehungsweise 6 %). Betrachtet man die Gesamtheit der Einkommensgruppen, so zeigt sich, dass bis Januar/Februar 2021 jede zehnte vor der Krise beschäftigte Person ihren Arbeitsplatz verlor (Abbildung 1).²

Hinter diesen starken Arbeitsplatzverlusten verbirgt sich der Umstand, dass viele Beschäftigte mit niedrigen Bruttoverdiensten im Gastgewerbe, in privaten Haushalten und sonstigen Dienstleistungen und im Handel tätig waren (Sachs et al., 2020). Gerade in diesen Bereichen wurde die Wirtschaftstätigkeit während der ersten Pandemiewelle stark beeinträchtigt, und dort erholte sie sich auch im späteren Verlauf nur langsam. Außerdem war ein größerer Anteil der Beschäftigten aus der unteren im Vergleich mit jenen aus der mittleren oder oberen Einkommensschicht vor der Krise in Teilzeit- oder Minijobs tätig. Insbesondere die Arbeitsplätze von

Minijobber:innen sind schlecht abgesichert. Sie sind generell nicht sozialversicherungspflichtig, weshalb weder ein Anspruch auf Kurzarbeit noch ein solcher auf Arbeitslosengeld I besteht.

Frauen waren im ersten Krisenjahr häufiger von Beschäftigungsverlust betroffen als Männer. Anfang 2021 waren über 12 % der Frauen, die im Jahr 2019 noch beschäftigt waren, erwerbslos; bei den Männern waren es hingegen nur knapp 9 %. Dies spiegelt in erster Linie den deutlich höheren Anteil an Frauen wider, die in Teilzeit- oder Minijobs arbeiteten. Aber auch unter den Personen, die 2019 noch in Vollzeit arbeiteten, waren die Beschäftigungsverluste bei Frauen anteilig leicht höher als bei Männern. Hingegen nahmen Frauen während des ersten Krisenjahres etwas seltener Kurzarbeit in Anspruch als Männer: 15 % versus 17 % im Frühjahr 2020 und noch 7 % versus 8 % Anfang 2021. Ein Grund für die größeren Beschäftigungsverluste bei Frauen dürfte auch sein, dass vor allem Mütter die zusätzliche Kinderbetreuung übernahmen, die in Familien während der Krise durch die Schließung von Kindertageseinrichtungen und Schulen anfiel.

² Der Anteil der Beschäftigten, welche während der Coronakrise ihren Arbeitsplatz verloren, gibt nicht den Gesamtanstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum wieder, da andere Personen gleichzeitig ein Arbeitsverhältnis aufnahmen. Aufgrund des gewählten Stichprobendesigns (siehe Kasten 1) geben die vorgelegten Zahlen nur die Abgänge aus Beschäftigung in Erwerbslosigkeit wieder, ohne zugleich auch die Zugänge aus Erwerbslosigkeit in Beschäftigung zu berücksichtigen. Zudem könnte ein Teil der Abgänge und der Unterschiede in den Abgangsraten nach Einkommensgruppe auf den Eintritt in den Ruhestand oder die Aufnahme eines Studiums zurückzuführen sein.

KASTEN 1 **SOEP-CoV-Daten und methodischer Ansatz**

SOEP-CoV-Daten

SOEP-CoV ist eine Sondererhebung von Befragten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Sie dient dem Ziel, die akuten, mittel- und langfristigen sozioökonomischen Faktoren und Folgen der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland zu untersuchen (Kühne et al., 2020).¹ Die Sondererhebung SOEP-CoV wurde während der Corona-Pandemie zwei Mal durchgeführt: zuerst von Anfang April bis einschließlich Juni 2020 und dann erneut im Januar und Februar 2021. Im ersten Erhebungszeitraum nahmen insgesamt 6.694 Personen an der Befragung teil. 6.038 davon erklärten sich bereit, auch an der zweiten Befragung teilzunehmen.

Das Ziehungsdesign bestand darin, SOEP-Haushalte, die an der Befragungswelle 2019 erfolgreich teilgenommen hatten, einzuladen, an der Sondererhebung SOEP-CoV teilzunehmen. Im Gegensatz zum SOEP, in dem alle erwachsenen Haushaltsmitglieder befragt werden, wird bei SOEP-CoV nur eine Person je Haushalt stellvertretend für alle anderen Haushaltsmitglieder gebeten, Fragen aus der Sondererhebung zu beantworten. Aufgrund des Ziehungsdesigns stehen umfassende Informationen der Befragten bereits aus den Vorwellen zur Verfügung, sodass Aussagen darüber getroffen werden können, wie sich unsere Gesellschaft in der Coronakrise verändert hat.

1 Das Projekt SOEP-CoV wird als Verbundprojekt zwischen der Universität Bielefeld und dem SOEP am DIW Berlin vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderaufrufs zur Erforschung von COVID-19 im Zuge des Ausbruchs von Sars-CoV-2 gefördert. Für weitere Informationen siehe <https://soep-cov.de/>

Analysepopulation

In der Analyse für diese Kurzexpertise wurden Personen im SOEP betrachtet, die zum Zeitpunkt des Interviews im Jahr 2019 angaben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Auf der Grundlage der Sondererhebung SOEP-CoV wurde für diese Population analysiert, wie sich deren Erwerbssituation, Einkommen und Arbeit im Homeoffice sowie deren Sorgen im zweiten Quartal 2020 und zu Beginn des Jahres 2021 verändert haben. Alle Angaben, insbesondere jene zum Arbeitszeitumfang, basieren auf Selbstauskünften und unterliegen daher gewissen Messfehlern.

Definition der Einkommensgruppen

Die Einteilung in Einkommensschichten orientierte sich an vorherigen Studien und basiert auf den verfügbaren Haushaltseinkommen aus dem Jahr 2018 relativ zum Median. Die untere Einkommensschicht umfasst Haushalte mit weniger als 75 % des Medianeinkommens (< 1.500 Euro für einen Single-Haushalt), in die mittlere Einkommensschicht fallen Haushalte mit 75 bis 200 % des Medianeinkommens (1.500 bis 4.000 Euro für einen Single-Haushalt), und in der oberen Einkommensschicht befinden sich Haushalte mit mehr als 200 % des Medianeinkommens (> 4.000 Euro für einen Single-Haushalt). Für Details siehe Consiglio et al. (2021) und OECD (2021a).

Die Möglichkeit, während der Corona-Pandemie im Homeoffice zu arbeiten, war ungleich verteilt

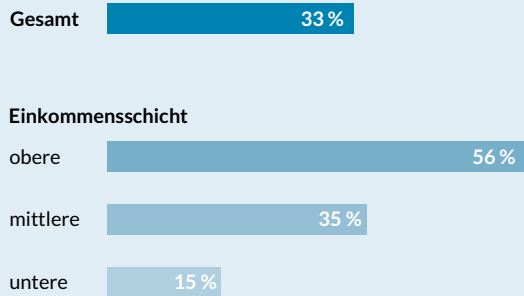
Seit Beginn der Corona-Pandemie wurde das Homeoffice als Instrument genutzt, um Kontakte zu reduzieren und so die Verbreitung des Virus einzudämmen. Während viele Unternehmen die Arbeit im Homeoffice schon im Zuge der ersten Coronawelle im Frühjahr 2020 ermöglichten, wurde die Nutzung der Heimarbeit mit der Einführung der gesetzlichen Homeoffice-Pflicht zwischen Januar 2021 und März 2022 nochmals ausgeweitet (Corona-Datenplattform, 2021; Bundesregierung, 2022). Dabei kann die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, in einer Pandemie durchaus ein Privileg sein. Beschäftigte in Tätigkeiten, die von zu Hause aus ausgeübt werden können, waren während der Pandemie weniger stark

von Arbeitsplatzverlust bedroht. Darüber hinaus waren sie weniger stark der Gefahr ausgesetzt, sich im Kontext ihrer Berufstätigkeit mit dem Virus zu infizieren (Kunze et al., 2020).

Die Auswertung der SOEP-CoV-Erhebungen zeigt, dass insgesamt etwa ein Drittel aller Beschäftigten ganz oder teilweise von zu Hause aus arbeiteten. Allerdings reichten die Möglichkeiten, im Homeoffice zu arbeiten, je nach der betrachteten Beschäftigungsgruppe unterschiedlich weit.

Beschäftigte mit mittleren oder hohen Haushaltseinkommen und hohem Bildungsniveau arbeiteten häufiger im Homeoffice als jene mit niedrigen Einkommen. Mehr als die Hälfte (56 %) der Beschäftigten in der oberen Einkommensgruppe und rund

ABBILDUNG 2 | Anteil der Beschäftigten im Homeoffice nach Einkommensschicht



Anmerkung: Beobachtungszeitraum Januar/Februar 2021. Homeoffice-Tätigkeit umfasst sowohl die teilweise als auch die vollständige Arbeit von zu Hause aus. Die Einkommensgruppen sind definiert wie in Kasten 1 beschrieben. Quelle: SOEP v36 und SOEP-CoV.

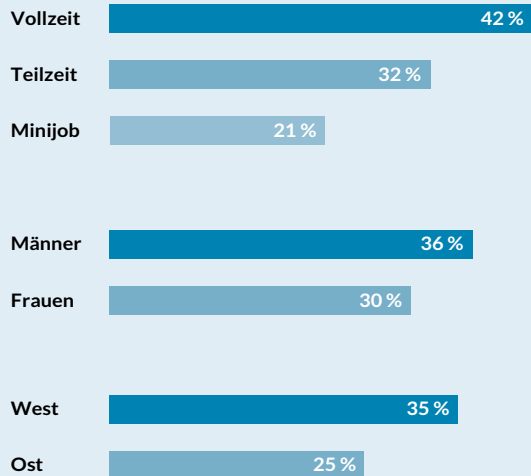
BertelsmannStiftung

ein Drittel (35 %) der Beschäftigten in der mittleren Einkommensgruppe arbeiteten Anfang 2021 vollständig oder teilweise im Homeoffice (Abbildung 2). In der unteren Einkommensgruppe war der entsprechende Anteil mit 15 % deutlich geringer. Dieser Unterschied ist auch darauf zurückzuführen, dass einfachere Tätigkeiten seltener digital ausgeübt werden können, was sich auch in den Unterschieden nach Bildungsabschluss zeigt. So konnten mehr als 60 % der Personen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss teilweise oder vollständig von zu Hause aus arbeiten. Bei jenen mit einem niedrigen beruflichen Bildungsabschluss lag die Homeoffice-Quote bei gerade einmal 6 %.

Zudem gibt es große Unterschiede in der Homeoffice-Quote je nach Beschäftigungsumfang – vor allem Vollzeitbeschäftigte arbeiteten häufiger von zu Hause aus. So war im Kreis der Vollzeitbeschäftigten der Anteil derer, die Anfang 2021 im Homeoffice tätig waren, im Durchschnitt doppelt so hoch wie in jenem der Minijobber:innen (42 % versus 21 %), und auch im Verhältnis zur Gruppe der Teilzeitbeschäftigten (32 %) lag er deutlich höher. Zudem konnten Vollzeitbeschäftigte in der mittleren und der oberen Einkommensschicht wesentlich häufiger von zu Hause aus arbeiten (42 % beziehungsweise 63 %) als jene in der unteren Einkommensschicht (21 %).

Männer konnten von Homeoffice-Möglichkeiten stärker profitieren. Unabhängig von ihrem Einkommen arbeiteten Männer häufiger von zu Hause aus als Frauen. Im Durchschnitt gaben 36 % der Männer und 30 % der Frauen an, Anfang 2021 vollständig oder teilweise im Homeoffice zu arbeiten (Abbildung 3). Die geschlechtsbezogenen Unterschiede

ABBILDUNG 3 | Anteil der Beschäftigten im Homeoffice nach Beschäftigungsumfang, Geschlecht und Region



Anmerkung: Beobachtungszeitraum Januar/Februar 2021. Homeoffice-Tätigkeit umfasst sowohl die teilweise als auch die vollständige Arbeit von zu Hause aus. Quelle: SOEP-CoV.

BertelsmannStiftung

könnten zum einen darin begründet sein, dass im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen, die auch in der Pandemie ausgeübt wurden – wie beispielsweise in der Kinderbetreuung, in medizinischen Gesundheitsberufen oder im Handel –, der Frauenanteil mehr als zwei Drittel beträgt (Bundesagentur für Arbeit, 2022). Zum anderen zeigt sich auf der Basis der SOEP-CoV-Daten, dass die Homeoffice-Möglichkeiten in Teilzeit für Frauen geringer ausfallen als für Männer. Zugleich sind Frauen in Deutschland deutlich häufiger als Männer teilzeitbeschäftigt.

Das Alter der Beschäftigten dagegen scheint für die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, lediglich eine untergeordnete Rolle zu spielen. So ist die Homeoffice-Quote bei Beschäftigten mit niedrigem Einkommen bei Jüngeren (unter 30-Jährigen) mit 32 % vergleichsweise hoch. In der Mittelschicht ist der Anteil der Beschäftigten im Homeoffice hingegen im Fall von Personen im Haupterwerbsalter, also im Fall der 30- bis 49-Jährigen, am höchsten (45 %). Beschäftigte in der oberen Einkommensgruppe konnten unabhängig von ihrem Alter mehrheitlich im Homeoffice arbeiten. Dies hängt auch damit zusammen, dass höher entlohnte Tätigkeiten häufig mit Führungsaufgaben einhergehen und Beschäftigte in diesen Positionen – unabhängig vom Alter – bereits vor der Pandemie deutlich häufiger die Möglichkeit hatten, im Homeoffice zu arbeiten (Arnold et al., 2015).

Darüber hinaus gibt es auch regionale Unterschiede in der Homeoffice-Nutzung – westdeutsche Beschäftigte konnten deutlich häufiger von zu Hause aus arbeiten.

In den alten Bundesländern war die Homeoffice-Quote mit 35 % wesentlich höher als in Ostdeutschland (25 %). Die regionalen Unterschiede sind unter anderem auf Unterschiede in den Tätigkeiten und berufsspezifische Homeoffice-Potenziale zurückzuführen (Alipour et al., 2020). Darüber hinaus dürfte auch die geringere Breitbandverfügbarkeit in Ostdeutschland und damit die Qualität der Internetverbindung in privaten Haushalten eine Rolle gespielt haben.

Trotz der massiven Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt sind die Nominaleinkommen der Beschäftigten in Deutschland im Durchschnitt leicht gestiegen

Die Auswirkungen der beschriebenen Arbeitsmarktentwicklungen während der Coronakrise auf die Einkommen der Beschäftigten sind *ex ante* nicht ganz offensichtlich. Die in Abbildung 1 dokumentierten Arbeitsplatzverluste führten bei vielen Beschäftigten eindeutig zu entsprechenden Einkommenseinbußen, die nur teilweise durch Arbeitslosengeld und andere Einkommenshilfen für Erwerbslose ausgeglichen wurden. Dies gilt insbesondere für Selbstständige und Beschäftigte in Teilzeit- sowie in Minijobs, die möglicherweise keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Auch die an Beschäftigte in Kurzarbeit ausgezahlten Gehälter ersetzten während der Krise nur 60 bis 80 % des früheren Verdiensts (bzw. 67 bis 87 % bei Beschäftigten mit Kindern), was mitunter große Einkommensverluste bedeutete, insbesondere für Beschäftigte im Niedriglohnbereich (siehe dazu auch den nachfolgenden Abschnitt zu den Sorgen).

Allerdings war selbst auf dem Höhepunkt der Krise nur eine Minderheit der Arbeitnehmenden in Kurzarbeit, und viele der Beschäftigten, die während der Krise ihre Teilzeit- oder Minijob-Beschäftigung verloren, waren wahrscheinlich Zweitverdienende im Haushalt oder übten diese Tätigkeit neben einer Hauptbeschäftigung, einer Schulausbildung oder einem Studium aus. So war beispielsweise der Rückgang der Zahl der Minijobs bei jungen Menschen besonders ausgeprägt – belief er sich doch bei den

unter 25-Jährigen zwischen Dezember 2019 und Dezember 2020 auf knapp 20 % gegenüber dem allgemeinen Wert von 13 % (Minijob-Zentrale, 2021). Gleichzeitig stiegen die Löhne vieler Beschäftigter, die ihre Tätigkeit unverändert ausüben konnten, in der Anfangsphase der Krise.

Die nominalen Einkommen der Beschäftigten in Deutschland sind im ersten Krisenjahr im Durchschnitt leicht gestiegen. Das monatliche Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen³ von Personen, die 2019 beschäftigt waren, stieg zwischen 2019 und Januar/Februar 2021 im Durchschnitt um 2,4 % (siehe Abbildung 4). Dieser Befund stimmt mit früheren Ergebnissen überein, die für alle deutschen Haushalte – das heißt nicht nur für Beschäftigte – einige Monate nach dem Beginn der Krise berechnet wurden (Grabka, 2021). Bei einer Inflationsrate von rund 2 % in diesem Zeitraum bedeutet er, dass Beschäftigte in Deutschland im Durchschnitt von 2019 bis Anfang 2021 keine realen Einkommensverluste erlitten haben.⁴ Dies wiederum spiegelt wahrscheinlich eine Kombination aus einem Wachstum der Tariflöhne Anfang 2020 und der während der Pandemie gezahlten Unterstützungen, insbesondere in Form von Kurzarbeitergeld und/oder Kinderbonus, wider.

Die Einkommensunterschiede im Kreis der Beschäftigten haben sich im selben Zeitraum verringert. Dies ergibt sich aus starken nominalen Einkommensgewinnen von Beschäftigten in der unteren Einkommensgruppe (durchschnittlich etwa 5 % von 2019 bis Januar/Februar 2021) und erheblichen Einkommensverlusten von Beschäftigten in der oberen Einkommensschicht (durchschnittlich etwa 16 %).⁵ Auch diese Ergebnisse stehen im Einklang mit Belegen für abnehmende Einkommensunterschiede zwischen Haushalten während der ersten Monate der Krise in Deutschland (Grabka, 2021) sowie in einigen anderen europäischen Ländern, für die entsprechende Daten vorliegen (Clark et al., 2021).

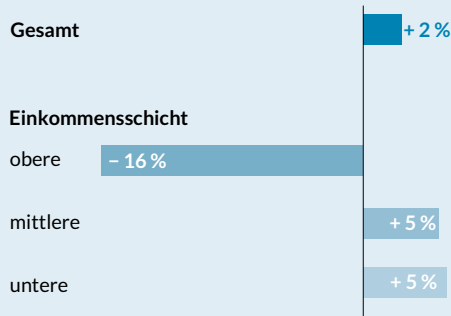
Hinter den einkommensgruppenspezifischen Durchschnittswerten können sich allerdings unterschiedliche individuelle Einkommensentwicklungen verbergen: Auch wenn die Einkommen von Beschäftigten in der unteren Einkommensgruppe im Durchschnitt gestiegen sind, können einige Beschäftigte in Haushalten mit niedrigen Einkommen erhebliche Einkom-

3 Das monatliche Nettoeinkommen ist das Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsabgaben zuzüglich regelmäßiger Transfers, zum Beispiel in Form von Renten, Wohngeld, Kindergeld, Stipendien für Hochschulbildung oder Unterhaltszahlungen. Die Haushaltseinkommen werden zur Berücksichtigung der Haushaltsgröße durch die Quadratwurzel aus der Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt.

4 Das Statistische Bundesamt gibt für die Jahre 2020 und 2021 eine Reallohnveränderung von -1,1 % und -0,1 % an. Hierbei handelt es sich jedoch um Bruttomonatsverdienste von Vollzeit-, Teilzeit- und Minijob-Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich exklusive Kurzarbeitergeld.

5 Hier basieren die Einkommensgruppen der Beschäftigten (ebenso wie in den anderen Teilen dieser Kurzexpertise) auf den Einkommen vor der Krise.

ABBILDUNG 4 | Veränderung der nominalen Haushaltsnettoeinkommen von Beschäftigten zwischen 2019 und Januar/Februar 2021



Anmerkung: Zahlen für 18- bis 64-Jährige, die vor der Krise (im Jahr 2019) beschäftigt waren. Die Einkommensgruppen sind definiert wie in Kasten 1 beschrieben.
Quelle: SOEP v36 und SOEP-CoV.

BertelsmannStiftung

mensverluste erlitten haben. Dies kann insbesondere auf Beschäftigte zutreffen, die alleinverdienend im Haushalt sind und infolge der Krise erwerbslos wurden oder ihre Arbeitszeit reduzieren mussten.

Mit Blick auf die verschiedenen Berufsgruppen erlitten Beschäftigte, die vor der Krise selbstständig waren, die größten Einkommensverluste (im Durchschnitt -23%)⁶, darunter insbesondere Selbstständige in der oberen Einkommensgruppe (-34%). Selbstständige hatten keinen Zugang zu Kurzarbeit, und die für sie bestimmten Unterstützungszahlungen waren weniger großzügig als jene für viele abhängig Beschäftigte und deckten anfangs vor allem nur fixe Betriebskosten ab (BMF, 2022). Die stärksten Einkommenszuwächse verzeichneten Arbeitnehmende in technischen Berufen mit einem Plus von 11% – ein Zeichen des zunehmenden Fachkräftemangels in Deutschland in diesen Berufen.

Beschäftigte in Ostdeutschland verzeichneten durchschnittlich einen stärkeren Anstieg der Haushaltseinkommen, aber eine geringere Minderung des Abstands zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Insbesondere mussten Beschäftigte in der oberen Einkommensschicht in Ostdeutschland weniger starke Einkommensverluste hinnehmen als solche im Westen (11% gegenüber 16%), während Beschäftigte aus der unteren Einkommensgruppe schwächere Einkommensgewinne verzeichneten (1% gegenüber 6%). Dies könnte damit zusammenhängen, dass

es in Ostdeutschland weniger Selbstständige, aber auch weniger Minijob-Beschäftigte gibt als in Westdeutschland. Die Einkommenszuwächse im Kreis der Beschäftigten in der Mittelschicht waren in Ostdeutschland etwas stärker als in Westdeutschland (7% versus 4%).

Wirtschaftliche Sorgen waren vor allem unter Selbstständigen und Beschäftigten mit niedrigen Einkommen weit verbreitet

Krisenzeiten wirken sich auf die Erwerbstätigen nicht nur in Gestalt von Änderungen ihrer Beschäftigung und ihrer Einkommen aus. Vielmehr gehen mit ihnen zumeist auch größere Sorgen einher. Dies gilt in vielerlei Hinsicht: Sorgen um die (eigene) wirtschaftliche Lage, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder auch wegen der sozialen Ungleichheit und nicht zuletzt speziell in einer Pandemie auch Sorgen um die Gesundheit.⁷ Während der Corona-Pandemie haben psychische Erkrankungen in vielen Ländern stark zugenommen (OECD, 2022b). Eine Studie für die USA zeigt, dass wirtschaftliche Sorgen ein Hauptfaktor dieser Erkrankungen waren (Kämpfen et al., 2020). Daher ist es wichtig, neben Einkommens- und Beschäftigungsentwicklungen auch wirtschaftliche Sorgen von Beschäftigten zu betrachten.

Die Analyse der SOEP-CoV-Befragungen bis Anfang 2021 hat für Deutschland in dieser Hinsicht die im Folgenden vorgestellten Einsichten erbracht.

Beschäftigte in allen Einkommensgruppen schätzen die allgemeine wirtschaftliche Situation während der Coronakrise stärker negativ ein als die eigene. Während der Anteil der Beschäftigten, die sich große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Lage machten, von 12% im Jahr 2019 auf 38% zu Beginn des Jahres 2021 stieg, blieb der Anteil derer, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage machten, relativ konstant auf einem niedrigen Niveau von zwischen 9 und 11% . Ein solcher Trend konnte auch bereits in früheren Krisen nachgewiesen werden (Dittmann, 2009). Dabei gibt es im Hinblick auf die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Lage nur geringe Unterschiede zwischen Beschäftigten verschiedener Einkommensschichten (siehe Abbildung 5).

6 Für weitere Ergebnisse zu den Berufsgruppen und zum West-Ost-Vergleich siehe OECD (2021a).

7 Während der Coronakrise zeigten sich unterschiedliche Intensitäten und Schwankungen von Sorgen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen, da die Belastungen nicht gleich verteilt waren (Schröder et al., 2020). So konnten etwa Hövermann (2020) und das WSI (2022) mithilfe ihrer Erwerbspersonenbefragungen bereits zeigen, dass Sorgegefühle infolge der Coronakrise bei Eltern und insbesondere Müttern sowie Menschen mit Niedrigeinkommen oder geringem Bildungsniveau nach wie vor stärker vorhanden sind als bei anderen Beschäftigten.

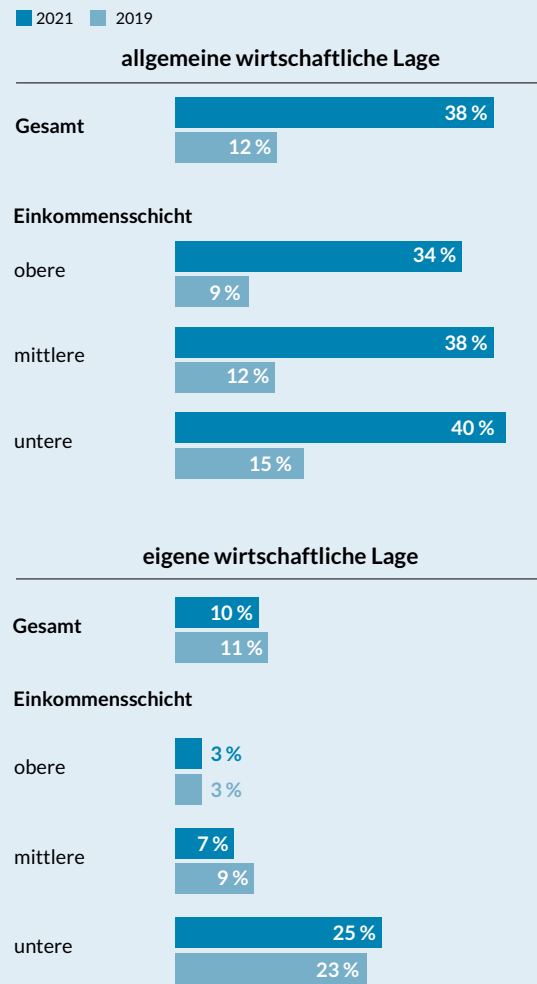
Frauen machten sich im Verlauf des ersten Krisenjahres häufiger große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Lage als Männer. Galt für erwerbstätige Frauen und Männer 2019 noch einheitlich ein Niveau von 12 %, so stieg der Anteil derer, die sich große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation machten, unter den Frauen bis Mitte 2020 auf 37 % und bis Anfang 2021 weiter auf 46 %. Demnach machte sich fast jede zweite Frau große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Lage. Bei den Männern stieg die entsprechende Quote auf 33 % an, das heißt, der Anstieg stellte sich in ihrem Fall deutlich moderater dar. Zuletzt ging der Anteil bis Anfang 2021 sogar wieder leicht auf 31 % zurück.⁸ Im Hinblick auf die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage hingegen sind die Anteile der sehr besorgten weiblichen und männlichen Beschäftigten nahezu gleich groß.

Einkommensschwächere Beschäftigte machen sich deutlich häufiger große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Lage als Einkommensstärkere. Anfang 2021 machte sich jede:r vierte:r Beschäftigte in der unteren Einkommensgruppe große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage (siehe Abbildung 5). Dies entspricht mehr als dem Dreifachen des Werts im Fall der Beschäftigten in der Mittelschicht (7 %) und sogar dem Achtfachen des Werts für die obere Einkommensschicht (3 %). Der Zeitvergleich zeigt zudem, dass sich die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage im Kreis der Beschäftigten aus der unteren Einkommensschicht leicht vermehrt haben. Hier nahm der Anteil der sehr Besorgten von 2019 bis Anfang 2021 leicht zu (+2 Prozentpunkte), anders als im Fall der Beschäftigten aus der mittleren und der oberen Einkommensschicht.

Dieses Ergebnis spiegelt wahrscheinlich die stärkere Zunahme der Erwerbslosigkeit und die häufigere Nutzung von Kurzarbeit in der unteren Einkommensschicht wider. Zudem haben einkommensschwächere Haushalte häufig geringere finanzielle Rücklagen, auf die sie in Krisenzeiten zurückgreifen können. Die im Durchschnitt leicht gestiegenen nominalen Nettohaushaltseinkommen konnten somit bei Einkommensschwächeren nicht verhindern, dass sich große Sorgen weiter verbreiten.

Viele Personen, die während des ersten Jahres der Coronakrise in Kurzarbeit waren oder erwerbslos wurden, machten sich große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Lage. Von allen Personen, die sich Anfang

ABBILDUNG 5 | Anteil der Beschäftigten mit großen Sorgen um die allgemeine oder eigene wirtschaftliche Lage nach Einkommensschicht



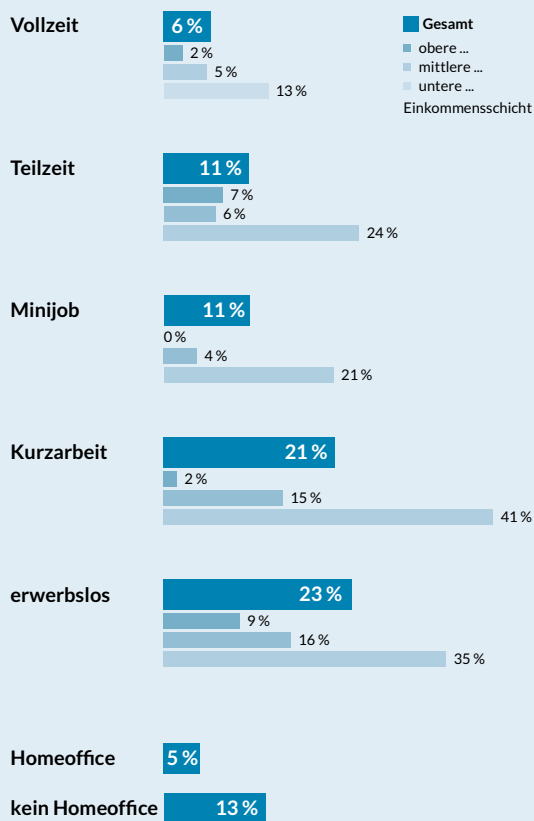
Anmerkung: 2021 bezieht sich auf den Beobachtungszeitraum Januar/Februar 2021. Die Kategorie „Große Sorgen“ umfasst die Angaben 9–10 auf einer Skala von 0 bis 10, wobei höhere Zahlen für größere Sorgen stehen. Die Einkommensgruppen sind definiert wie in Kasten 1 beschrieben.
Quelle: SOEP v36 und SOEP-CoV.

| BertelsmannStiftung

2021 in Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit befanden, machten sich mehr als ein Fünftel große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage (21 % der Ersteren, 23 % der Letzteren). Diese Anteile sind rund doppelt so hoch wie im Fall der Teilzeit- oder Minijob-Beschäftigten (jeweils 11 %) und knapp viermal so hoch wie im Fall der Vollzeitbeschäftigten (6 %, siehe Abbildung 6). Die Anteile sind dabei in der unteren Einkommensschicht mit 41 % bei Personen in Kurzarbeit und 35 % bei erwerbslosen Personen mit Abstand am größten.

⁸ Auch in anderen Dimensionen konnten erste Untersuchungen bereits belegen, dass sich Frauen und Mütter während der Coronakrise tiefergehend sorgen als Männer. Dies gilt beispielsweise für die Angst vor einer Infektion mit dem Coronavirus (Gerhold, 2020) oder aber auch im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt (WSI, 2022).

ABBILDUNG 6 | Anteil der Beschäftigten mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage



Anmerkung: Beobachtungszeitraum Januar/Februar 2021. Die Kategorie „Große Sorgen“ umfasst die Angaben 9–10 auf einer Skala von 0 bis 10, wobei höhere Zahlen für größere Sorgen stehen. Homeoffice-Tätigkeit umfasst sowohl die teilweise als auch die vollständige Arbeit von zu Hause aus. Die Einkommensgruppen sind definiert wie in Kasten 1 beschrieben. Quelle: SOEP v36 und SOEP-CoV.

BertelsmannStiftung

Die Kurzarbeit konnte demnach vielen Betroffenen – insbesondere solchen in der unteren Einkommensgruppe – ihre wirtschaftlichen Sorgen trotz ihrer absichernden Funktion vor Jobverlust nur bedingt nehmen. Dies könnte unter anderem daran liegen, dass Kurzarbeit nur einen Teil des regulären Einkommens einbringt und dass die Sorgen um die finanzielle Lage der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers und somit um den eigenen Arbeitsplatz generell gewachsen sind.

Zudem machten sich Selbstständige vermehrt große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Lage. So hat sich unter den Personen, die 2019 selbstständig waren, der Anteil derer, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage machten, zwischen 2019 und 2021 von 9 auf 17 % erhöht. Diese annähernde Verdoppelung spiegelt die größeren Ein-

kommensverluste und die geringere soziale Absicherung Selbstständiger gegenüber anderen Berufen zwischen 2019 und Anfang 2021 wider. Generell sind Selbstständige aller Einkommensschichten vermehrt von wirtschaftlichen Sorgen betroffen.

Beschäftigte, die im Homeoffice arbeiten konnten, machten sich weniger Sorgen als jene, denen diese Möglichkeit verwehrt war. Die Betrachtung aller Einkommensschichten ergibt, dass sich Beschäftigte, die Anfang 2021 angaben, ganz oder teilweise im Homeoffice arbeiten zu können, nur sehr selten um ihre eigene wirtschaftliche Lage sorgten; der Anteil der sehr Besorgten belief sich auf lediglich 5 Prozent (Abbildung 6). Mehr als doppelt so hoch lag dieser Anteil unter jenen, die Anfang 2021 nicht von zu Hause aus arbeiten konnten (13 %).

Dieser Befund steht im Einklang mit der Tatsache, dass Personen in Tätigkeiten, welche von zu Hause aus ausgeübt werden können, seltener von Arbeitsplatzverlusten betroffen waren. Zugleich sind dies häufig Berufe, die eine höhere Qualifikation erfordern und mit höheren Einkommen verbunden sind (Alipour et al., 2020; Mergener, 2020).

Unter jüngeren Beschäftigten machten sich im Zuge der Coronakrise mehr Personen große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage, als dies bei Älteren der Fall war. Der Anteil der erwerbstätigen 18- bis 29-Jährigen, der sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machten, stieg von 13 % im Jahr 2019 auf 17 % Anfang 2021 leicht an. Bei den über 30-Jährigen sind hingegen die Anteile geringer und während der Corona-Pandemie nahmen sie sogar leicht ab (um 1 Prozentpunkt auf 10 % im Kreis der 30- bis 49-Jährigen und um 2 Prozentpunkte auf 8 % in jenem der 50- bis 64-Jährigen für Januar-Februar 2021).

Mehrere Faktoren könnten dafür verantwortlich sein, dass sich die Sorgen der Jüngeren während der Krise weiter ausgebreitet haben. Dazu zählt, dass sich junge Menschen häufig erst am Anfang ihres Berufslebens befinden. Dadurch haben sie meist ein befristetes Arbeitsverhältnis, was zugleich eine geringere Arbeitsplatzsicherheit bedeutet. Zudem können jüngere Menschen bei Verdienstaustausch zu ihrer finanziellen Absicherung nur in vergleichsweise geringem Umfang auf Ersparnisse und/oder andere Vermögensgegenstände wie etwa Wohneigentum zurückgreifen.

Fazit und Politikempfehlungen

Die Coronakrise hat die Beschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt ungleich getroffen. Wie die vorliegende Auswertung der Sonderbefragung SOEP-CoV zeigt, waren tendenziell diejenigen Gruppen von Beschäftigten von den Effekten der Krise besonders stark betroffen, die auch jenseits von Krisenzeiten häufig das Nachsehen haben, das heißt Teilzeitkräfte und Minijobber:innen, Beschäftigte mit niedrigem Bildungsgrad und geringen Einkommen sowie Frauen. Dennoch konnte die deutsche Politik durch ihre schnelle Reaktion – vor allem in Form einer Ausweitung der Kurzarbeitsregelung – schlimmere Konsequenzen für die meisten Beschäftigten und nochmals größere Ungleichheiten am Arbeitsmarkt verhindern. So ist es ein Erfolg dieser Politik, dass Beschäftigte in Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen – im Gegensatz zu Beschäftigten mit hohen Einkommen – im ersten Jahr der Pandemie im Durchschnitt betrachtet keine realen Einkommensverluste erlitten.

Im Detail zeigt sich Folgendes:

- Beschäftigte in Haushalten mit niedrigen Einkommen mussten während der Pandemie öfter – und für längere Zeit – in Kurzarbeit gehen, konnten weniger im Homeoffice arbeiten und wurden deutlich häufiger erwerbslos. Dies liegt nicht zuletzt an der wesentlich höheren Teilzeit- und Minijobquote in dieser Einkommensgruppe. Folglich machte sich im Kreis der Beschäftigten mit niedrigen Einkommen ein größerer Anteil große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage als im Kreis derer aus der mittleren und der oberen Einkommensschicht.
 - Beschäftigte in regulären Arbeitsverhältnissen waren vor allem durch die erweiterte Inanspruchnahme von Kurzarbeit und die umfangreichen Möglichkeiten der Arbeit von zu Hause aus besser abgesichert als andere Beschäftigte, vor allem als Selbstständige und Minijobber:innen. Dies spiegelte sich auch in geringeren Sorgen dieser Beschäftigten wider.
 - Trotz der massiven Auswirkungen der Coronakrise auf den deutschen Arbeitsmarkt blieben die Haushaltseinkommen im ersten Jahr der Krise weitestgehend stabil. Beschäftigte in Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen verzeichneten im Durchschnitt sogar leichte nominale Einkommenszuwächse. Beschäftigte mit höheren Einkommen erlitten hingegen Einkommensverluste – und hier speziell die Selbstständigen.
 - Frauen waren etwas stärker von Arbeitsplatzverlusten betroffen und konnten weniger häufig im Homeoffice arbeiten. Auch große Sorgen waren bei ihnen im Vergleich mit Männern etwas stärker verbreitet.
- Obwohl sich der deutsche Arbeitsmarkt während der Coronakrise insgesamt als recht robust erwiesen hat – auch im Vergleich mit anderen Ländern –, hob die Krise erneut einige längst bekannte Schwachstellen hervor und hat insofern gezeigt, an welchen Punkten es dem deutschen Arbeitsmarkt an Krisenfestigkeit mangelt. Um ihn fairer zu gestalten und um seine Krisenfestigkeit vor allem im Hinblick auf aktuelle und zukünftige Entwicklungen zu erhöhen, bedarf es gezielter Politikmaßnahmen speziell in den folgenden Bereichen:
- **Einschränkung der Minijobs und Reform der Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdienende.** Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist einer der größten in Europa. Vor allem Minijobs sind hier häufig vertreten. Im Vergleich mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bietet diese Beschäftigungsform kaum Arbeitsplatzsicherheit und zudem meist nur niedrige Stundenlöhne. Die mit Minijobs Beschäftigten haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld und verlieren in Krisenzeiten oft, so wie auch während der Coronakrise, als Erste ihren Job (Grabka et al., 2020). Studien zeigen zudem, dass der Niedriglohnsektor seine gewünschte Funktion als „Sprungbrett“ zum Aufstieg in eine bessere, abgesicherte Beschäftigung für viele nicht erfüllt (Grabka & Göbler, 2020). Betroffen sind hier wiederum besonders Frauen, da sie deutlich häufiger als Männer in einem Minijob arbeiten. Die angestrebte Anhebung der Minijobgrenze auf 520 Euro könnte dieses Problem noch vergrößern. Um krisen-feste Jobs zu schaffen und sozial abgesicherte Beschäftigungen zu fördern, sollten Minijobs eingeschränkt werden, indem sie beispielsweise nur von Schüler:innen, Studierenden und Rentner:innen ausgeübt werden können. Zudem kann der Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen – speziell für Frauen – attraktiver gemacht werden, zum Beispiel durch langsam steigende Beiträge zur Sozialversicherung für Geringverdienende sowie eine Reform des Ehegattensplittings (für detaillierte Vorschläge hierzu siehe auch Blömer et al., 2021).
 - **Verbesserung der sozialen Absicherung von (Solo-) Selbstständigen.** Selbstständige, und hier vor allem jene mit sehr kleinen Betrieben beziehungsweise

Solo-Selbstständige, haben in Krisenzeiten keine Einkommenssicherheit. Rund ein Drittel aller Selbstständigen haben während der Coronakrise Einkommensteile eingebüßt, einige sind sogar in den Niedrigeinkommensbereich abgerutscht (Schulze Buschoff & Baumann, 2021). Seit geraumer Zeit ist im Gespräch, Selbstständige stärker in die gesetzliche Sozialversicherung einzubinden und ihre Absicherung, vor allem im Fall von Arbeitslosigkeit, an die für abhängig Beschäftigte geltende anzugleichen. Im Falle der Arbeitslosenversicherung wäre zumindest eine verpflichtende Absicherung gegen Einkommensausfälle aufgrund von systemischen Risiken – wie etwa eine massive Wirtschaftskrise – sinnvoll. Für Solo-Selbstständige wäre zudem eine verpflichtende Altersvorsorge wichtig, da sie meist bei Renteneintritt kein Betriebskapital auflösen können und auch insofern einem erhöhten Risiko unterliegen, im Alter in Armut zu leben.

- **Ausbau der digitalen Infrastruktur.** Deutschland hinkt bei der digitalen Infrastruktur sowie der Nutzung digitaler Technologien vielen anderen OECD-Ländern teils weit hinterher (OECD, 2020). Dies hat Auswirkungen auf die Produktivität von Firmen und Beschäftigten und die Resilienz des Arbeitsmarkts. So wurde während der Coronakrise das Homeoffice-Potenzial vieler Tätigkeiten in Deutschland auch aufgrund einer unzureichenden Infrastruktur im ländlichen Raum sowie einer bisher nur mäßigen Digitalisierung vieler Unternehmen nicht voll ausgeschöpft. Um die enormen Potenziale der digitalen Transformation besser nutzbar zu machen, benötigt Deutschland höhere Investitionen in digitale Infrastruktur, deutlichere Anreize und mehr Unterstützung für kleine und mittelgroße Unternehmen, die in ihre Digitalisierung investieren, sowie effektive Maßnahmen zur Entwicklung von Digitalkompetenzen von Beschäftigten mit niedrigem Kompetenzniveau.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat den Höhepunkt der Krise – insbesondere durch den raschen Ausbau der Kurzarbeit – insgesamt gut überwunden. Gleichwohl wurden viele Beschäftigte mit geringerer sozialer Absicherung zu Verlierer:innen. Deutschland sollte daher, nicht zuletzt auch als Lehre aus der Coronakrise, Reformen durchführen, welche die Position derzeit schlecht abgesicherter Beschäftigter stärken sowie den Arbeitsmarkt modernisieren und ihn im Hinblick auf zukünftige Krisen nochmals resilienter gestalten. Dies ist auch vor dem Hintergrund der unsicher gewordenen geopolitischen Lage in Europa sinnvoll. Auch der deutsche Arbeitsmarkt dürfte

in Zukunft aufgrund der mit der veränderten Lage verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen und der Fluchtbewegungen vor neue Herausforderungen gestellt werden.

Literatur

Für eine ausführlichere Untersuchung der längerfristigen Arbeitsmarkts- und Einkommensentwicklungen in Deutschland mit einem besonderen Augenmerk auf der Mittelschicht siehe Consiglio et al. (2021): *Bröckelt die Mittelschicht?* und OECD (2021a): *Is the German Middle Class Crumbling? Risks and Opportunities*.

Alipour, J. V., Falck, O. & Schüller, S. (2020). Homeoffice während der Pandemie und die Implikationen für eine Zeit nach der Krise. *ifo Schnelldienst*, 73(07), S. 30–36.

Arnold, D., Steffes, S. & Wolter, S. (2015). *Mobiles und entgrenztes Arbeiten (Forschungsbericht/Bundesministerium für Arbeit und Soziales, FB460)*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB); Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) GmbH; Universität Köln.

Blömer, M. J., Brandt, P. & Peichl, A. (2021). *Raus aus der Zweitverdienerinnenfalle: Reformvorschläge zum Abbau von Fehlanreizen im deutschen Steuer- und Sozialversicherungssystem*. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2021077>

BMF (2022). *Umfassende Coronahilfen für Unternehmen und Soloselbstständige*. Bundesministerium der Finanzen. <https://bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona/ueberbrueckungshilfe.html>

Bundesagentur für Arbeit (2022). *Beschäftigte nach Berufen (KlDB 2010; Zeitreihe Quartalszahlen)*. Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Einzelausgaben. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?submit=Suchen&topic_f=beschaeftigung-sozbe-klDB2010-zeitreihe

Bundesregierung (2022). *Homeoffice-Pflicht. Corona-Schutz am Arbeitsplatz: Das sind die aktuellen Regeln*. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/infektionsschutz-arbeitsplatz-1983894>

Clark, A. E., D'Ambrosio, C. & Lepinteur, A. (2021). The fall in income inequality during COVID-19 in four European countries. *Journal of Economic Inequality* 19, pp. 489–507. <https://doi.org/10.1007/s10888-021-09499-2>

Consiglio, V., Geppert, C., Königs, S., Levy, H. & Vindics, A. (2021). *Bröckelt die Mittelschicht? Risiken und Chancen für mittlere Einkommensgruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt*. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2021124>

Corona-Datenplattform (2021). Themenreport 02. Homeoffice im Verlauf der Corona-Pandemie. Ausgabe Juli 2021.

Dittmann, J. (2009). Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Transformation: Zur Entwicklung und Dynamik von Sorgen in der Bevölkerung in Deutschland (No. 243). *SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research*, 243, DIW.

Gerhold, L. (2020). *COVID-19: Risikowahrnehmung und Bewältigungsstrategien. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland*. AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung. Freie Universität Berlin.

Grabka, M. M. (2021). Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht. *DIW Wochenbericht*, 88(18), S. 308–316. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-18-1

Grabka, M. M., Braband, C. & Göbler, K. (2020). Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. *DIW Wochenbericht*, 87(45), S. 841–847.

Grabka, M. M. & Göbler, K. (2020). *Der Niedriglohnsektor in Deutschland – Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?* Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2020032>

Hövermann, A. (2020). Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen für Erwerbstätige: Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020. *WSI Policy Brief*, 44, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).

- Kämpfen, F., Kohler, I. V., Ciancio, A., Bruine de Bruin, W., Maurer, J. & Kohler, H. P. (2020).** Predictors of mental health during the Covid-19 pandemic in the US: Role of economic concerns, health worries and social distancing. *PloS one*, 15(11), e0241895.
- Kühne, S., Kroh, M., Liebig, S. & Zinn, S. (2020).** The need for household panel surveys in times of crisis: The case of SOEP-CoV. In: *Survey Research Methods* 14(2), pp. 195–203. <https://doi.org/10.18148/srm/2020.v14i2.7748>
- Kunze, F., Hampel K. & Zimmermann S. (2020).** Homeoffice in der Corona-Krise – eine nachhaltige Transformation der Arbeitswelt? *Policy Papers Cluster of Excellence ‚The Politics of Inequality‘*, No. 02.
- Mergener, A. (2020).** *Auch die berufliche Bildung qualifiziert für das Arbeiten im Homeoffice*. Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB).
- Minijob-Zentrale (2021).** *Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Minijobs – 4. Quartalsbericht 2020*. https://www.minijob-zentrale.de/DE/02_fuer_journalisten/02_berichte_trendreporte/quartalsberichte_archiv/2020/4_2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- OECD (2020).** *OECD Economic Surveys: Germany 2020*. OECD Publishing. <https://dx.doi.org/10.1787/91973c69-en>
- OECD (2021a).** *Is the German middle class crumbling? Risks and opportunities*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/845208d7-en>
- OECD (2021b).** *OECD Economic Outlook No 110 – December 2021 Database*. <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=EO>
- OECD (2022a).** *OECD Short-Term Labour Market Statistics*. <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=STLABOUR>
- OECD (2022b).** *OECD Employment Outlook 2022: Building Back More Inclusive Labour Markets*. OECD Publishing (im Erscheinen).
- Sachs, A., Ambros, J., Limbers, J., Moog, S. & Weinelt, H. (2020).** *Lohneinkommensentwicklungen 2025 – Wirkung der Produktivität auf die Lohndynamik*. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2022029>
- Schröder, C., Goebel, J., Grabka, M. M., Graeber, D., Kroh, M., Kröger, H., Kühne, S., Liebig, S., Schupp, J., Seebauer, J. & Zinn, S. (2020).** Erwerbstätige sind vor dem Covid-19-Virus nicht alle gleich. *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research*, 1080. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).
- Schulze Buschoff, K. & Baumann, H. (2021).** Selbstständige in der Corona-Krise: Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 bis 5. *WSI Policy Brief*, 60. Hans-Böckler-Stiftung.
- WSI (2022).** Corona: Weniger Erwerbstätige fürchten um Job, aber hohes Belastungsgefühl, nur noch 31 Prozent zufrieden mit Krisenmanagement. *WSI Pressedienst*, Hans-Böckler-Stiftung.

Impressum

© Juni 2022 Bertelsmann Stiftung

Werderscher Markt 6
10117 Berlin
Telefon +49 30 275 788 100

Verantwortlich

Bertelsmann Stiftung

Natascha Hainbach
Programm Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 30 275788-163
natascha.hainbach@bertelsmann-stiftung.de

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Econ

Dr. Markus M. Grabka
Direktorium SOEP und kommissarische Bereichsleitung
Wissenstransfer in der Infrastruktureinrichtung SOEP
Telefon +49 30 89789-339
mgrabka@diw.de

Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Sebastian Königs, DPhil
Abteilung für Beschäftigung, Arbeit und Soziales –
Referat Beschäftigung und Einkommen
Telefon +33 1 45 24 94 76
sebastian.koenigs@oecd.org

Lektorat: Dr. Ute Gräber-Seißinger, Jan W. Haas

Gestaltung: werkzwei, Detmold

Druck: Gieselmann Druck und Medienhaus, Bielefeld

Titelbild: Montage © Hyejin Kang; Sirichai Puangsuwan;
supat - stock.adobe.com

DOI: 10.11586/2022062